

SCHWACHEN! teilen!



einarmigen Banditen (des sogenannten Kleinen Glücksspiels) ausschließlich dem privaten Vermögensaufbau dient.

Diese Datensammlung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zurückhaltung von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen in puncto Reichensteuer. Sie argumentieren, dass bei den „wenigen Reichen“ ohnehin „nichts zu holen sei.“ Und: Letzendlich gehören viele Abgeordnete zum Club der Reichen. Und die können sie sich die Hände reiben: Im Vergleich zu den 25 Prozent Zinsertragssteuer der kleinen Sparer brauchen sie aufgrund von Stiftungs- und Gruppenbesteuerung nur einen Bettel abzuliefern.

Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, betont, dass die KPÖ vehement für eine Rei-

chensteuer eintritt, um gegen die soziale Ungleichheit in Österreich wirksam vorzugehen. Vor einem Jahr hat die KPÖ die Unterschriften von tausenden Steirerinnen und Steirern für dieses Ziel gesammelt und eine Petition an den Nationalrat eingebracht.

Gerechtigkeit: KPÖ drängt auf Reichensteuer

„Statt der Bevölkerung neue Sparpakete und Einschnitte zuzumuten, müssen endlich jene zur Kasse gebeten werden, die die Krise ausgelöst haben und von ihr auf unverschämte Weise profitieren. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, wie die Interessenvertreter der Superreichen behaupten, sondern die Rettungspakte, die nur den Zweck erfüllen, die Vermögen der Superreichen zu sichern“, so Claudia Klimt-Weithaler.

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Klubobfrau
im Landtag



Wichtiges im Land gehört in öffentliche Hand!

Diese Forderung möchten wir von der steirischen KPÖ im Wahlkampf populär machen. Warum wir das fordern, und wie wir es umsetzen wollen, wird in dieser Ausgabe der Volksstimme an mehreren wichtigen Beispielen erklärt. Wäre beispielsweise die Energie Steiermark AG wieder völlig unter öffentlicher Kontrolle, könnte sie die Strom- und Gaspreise senken statt Dividenden auszuschütten, die in der Tasche des französischen Miteigentümers und in sinnlosen Prestigeprojekten der Landesregierung versickern. Die privaten Konkurrenten z.B. auf dem Gasmarkt wären gezwungen, diesem Beispiel zu folgen, da sie sonst vom lokalen Marktführer ESTAG verdrängt würden. Die KPÖ hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, mit dem dies umgesetzt werden könnte.

Das Sozialbudget des Landes und die Sozialverbände der Gemeinden „krachen wie die Semmeln“. Der Grund sind auch die Kosten für die Pflege betagter Menschen in Pflegeheimen, die pro Jahr hunderte Millionen Euro verschlingt. Warum die Steiermark besonders schlecht dasteht, sind

private Heimträger, die mit Entgeltsteigerungen von durchschnittlich etwa 10 Prozent pro Jahr die öffentlichen Töpfe ausräumen, während sie gleichzeitig bei Personal und Ausstattung sparen. Die KPÖ Steiermark hat daher einen Gesetzesvorschlag vorgelegt mit dem in Zukunft nur mehr öffentliche oder kostendeckend arbeitende gemeinnützige Pflegeheime in Betrieb gehen könnten, und die Kontrollen in den bestehenden Heimen verstärkt würden. Damit hätten die Zeiten der Geschäftemacherei ein Ende, das Sozialbudget könnte sich erholen und die Qualität würde steigen.

In beiden Fällen sind die Vorschläge der KPÖ am Zaudern der SPÖ gescheitert. Bei unverbindlichen Entschließungsanträgen stimmt sie mit, wenn mit Landesgesetzen Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen, macht sie kehrt. Nur eine starke KPÖ im Landtag kann die SPÖ in diesen Tagen zu sozialer Politik zwingen, aus eigenem Antrieb ist sie dazu nicht mehr in der Lage.

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gov.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Die Politiker reden immer vom Sparen. Leider kann ich da nicht mittun, ich hab grad genug zum Durchkommen und mir bleibt nichts zum Sparen.

INHALT

Landtagsinitiativen der KP	4/5
Probleme mit Glücksspiel	6/7
Die Kandidatinnen und Kandidaten 26.9. 2010	8/9
Korrumpierte Politiker	10
Lokalberichte	11 bis 14
Anschlag auf Pensionen	15
Hartberg: Arbeitsplätze	16/17
Mindestsicherung	18
Belastungspakete / Umfrage	19
Vorschläge für die Schule	20
Bildungsverein	22
Leserbriefe, Impressum	22
Das VOLKShausFEST 2010	24